

Report aus Karnataka Vormarsch der Zellstoffindustrie

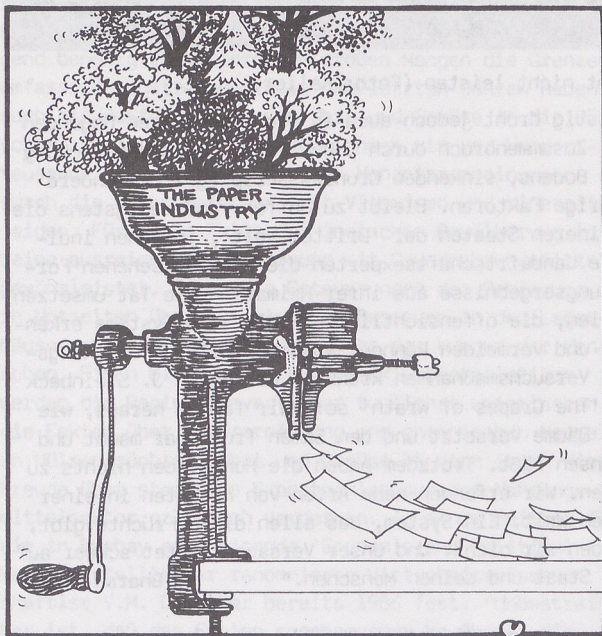
Objekt des Streites ist ein ausgedehntes Nutzlandgebiet nahe der Ortschaft Nagund im Innern des Dharwad-Distrikts im Bundesstaat Karnataka. Das in Gemeindebesitz stehende Areal bot trotz fortgeschrittener Erosion durch andauernde Überbeanspruchung noch ausreichende Ressourcen zur Ernährung von 4000 landlosen Kleinbauern und Arbeitern aus der Stadt. Bis 1989 während der Regenzeit die 'Karnataka Pulpwood Limited' (KPL), ein privates Unternehmen, ihre Bulldozer vorrücken ließ und das Gelände für den Anbau von Eukalyptus plante. Die Dorfbewohner reagierten ihrerseits mit dem Anbau einheimischer Futterpflanzen als Ausdruck ihres geschlossenen Protestes gegen den Landraub der KPL.

Pünktlich zur Regenzeit in diesem Jahr organisierte die Bevölkerung weitere Maßnahmen zum Schutz des Landes. Ihr Gegner, die KPL, hatte bereits einschlägige Erfahrungen im Umgang mit dörflichem Protest gesammelt. Bis dahin war es dem Unternehmen jedoch immer wieder gelungen, den Widerstand der benachbarten Dörfer gegen den einträglichen Eukalyptusanbau mit Hilfe willfähriger Ortsvorsteher verstummen zu lassen. Dessen ungeachtet formierten sich die Einwohner von Nagund zum Protest. Ihr rasch gegründetes Organisationskomitee 'Nagarjun Parisara Samithi' (NPS) erhielt aktive Unterstützung von mehreren Bürgerrechtsgruppen und sozialen Bewegungen aus dem Umland. Dergestalt organisiert ließen die ersten Aktivitäten nicht lange auf sich warten. Am 15. August 1990 startete eine Kampagne zum Anbau von Bäumen auf dem Land der Gemeinde. Dr. S. Karanth, angesehener Schriftstel-

ler und Umweltschützer, rief die Bevölkerung dazu auf, ihr Land vor dem Zugriff industrieller Nutzungsinteressen zu schützen. Auswärtige Gruppen sandten Vertreter, gaben Ratschläge und Hinweise und demonstrierten Solidarität. Die KPL reagierte prompt: noch vor dem Beginn der Pflanzaktion erschien ein Vertreter der Firma in Begleitung eines Rechtsanwalts und Polizeikräften mit einer gerichtlichen Verfügung, die das Betreten des öffentlichen Nutzlandes untersagte. Die Einwohner zweifelten die Gültigkeit des Papiers an. Ein ihnen vorliegendes Rechtsdokument der Einkommensbehörde erklärte mit Datum vom Vortag das betroffene Areal zum öffentlichen Nutzland und verwies eindeutig darauf, daß es nicht im Besitz der KPL stehe. Das Papier des KPL-Vertreters war demnach offensichtlich hinfällig. Hinzu kam, daß die Firma kein Dokument vorlegen konnte, welches das Gebiet als KPL-Eigentum ausgewiesen hätte. Die Einwohner machten kein Hehl aus ihrer Bereitschaft, das Land um jeden Preis zu schützen. Ungeachtet der polizeilichen Anordnung, jeden Eindringling zu verhaften, wurden unter Führung der Frauen des Dorfes 1400 Setzlinge einheimischer Arten gepflanzt.

Als die Lage sich dramatisch zuspitzte, ergriff der stellvertretende Polizeichef die Initiative und bot an, 20-30 Dorfbewohner, vor allem NPS-Mitglieder, zu verhaften und die Anderen nicht zu behelligen. Ein weiteres Mal jedoch stellten die Frauen sich vor die Bevölkerung und boten sich selbst als Haftfreiwillige an. Die aufmarschierten Polizisten konfrontierten sie mit der Frage, ob die Polizei tatsächlich auf der Seite der Rechtsbrecher stehen wolle, schließlich habe sich die KPL unberechtigt am Land der Dorfbewohner vergriffen. Inzwischen hatten sich sämtliche Dorfbewohner freiwillig zum Arrest gemeldet, was die ursprüngliche Polizeistrategie zunichte machte. Schließlich entschloß sich die Einsatzleitung der Sicherheitskräfte vor diesem Hintergrund und angesichts der Präsenz prominenter Persönlichkeiten zur Aufgabe der Inhaftierungen.

Der Erfolg von Nagund hat Zuversicht auch nach Hirekerur im Dharwad-Distrikt von Karnataka gebracht. Das Vorbild ist hier bitter nötig: 30.000 Hektar Land bekam die KPL in diesem Gebiet von der Regierung zugeteilt. Zweckbestimmung ist auch in diesem Fall der Eukalyptusanbau, Nutznießer das private Unternehmen Harihar Polyfibers. Einmal mehr sind die Leidtragenden die Einwohner, ihnen diente das Land zuvor als Brennholzreserve, zum Futteranbau und als Weidegrund für die Rinder. Mit Unterstützung der Regierung wird hier der Rohstoffgewinnung für einen einzigen Industriezweig Vorrang vor der Ernährungssicherung tausender Einwohner gegeben. Die Versorgung der Landbevölkerung



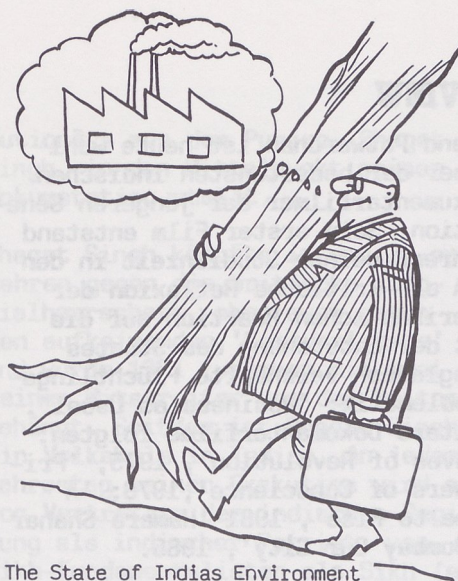
aus: The State of India's Environment

wird von Konzerninteressen überrollt. Getreu der Maxime "Entwicklung durch Industrialisierung" schreitet der Raubbau an natürlichen Rohstoffen für industrielle Zwecke weiter fort.

Bis heute wurden bereits große Teile der tropischen Wälder in Kerala und Karnataka den verschiedenen Unternehmen zum Aufbau von Monokulturen für den Nachschub der Zellstoffindustrie zur Verfügung gestellt. Ausgedehnte Regenwaldgebiete mußten den Eukalyptusplantagen weichen. Schon bald jedoch machten heftige Regenfälle und nachfolgende Krankheiten den Hoffnungen der Unternehmen auf fette Erträge ein Ende. Die Lieferungen an die Zellstoffindustrie gerieten ins Stocken, worauf die beteiligten Unternehmen ihre Plantagen in die Trockengürtel verlegten. Den Anstoß dazu gab die Regierung mit einer schönfärberisch "Social Forestry Programme" genannten Initiative aus Geldern der Weltbank. Das Programm beinhaltet nichts anderes als die Unterstützung der staatlichen Forstverwaltung für die Unternehmen im Eukalyptusanbau, in Waldgebieten ebenso wie auf privatem Nutzland.

Doch damit nicht genug: ungachtet der massiven Proteste der Bevölkerung entstand auf Initiative der Regierung von Karnataka die 'Karnataka Pulpwood Limited' (KPL) als weiteres Unternehmen der Zellstoffbranche. Die Mehrheitsverhältnisse an der Firma sprechen Bände: 51 Prozent der Anteile hält der Bundesstaat Karnataka, die restlichen 49 Prozent befinden sich im Besitz der 'Harihar Polyfibers', einschlägig bekannt durch die Verschmutzung des Tungabhadra-Flusses, einer Katastrophe, von der seinerzeit mehrere tausend Menschen betroffen waren. Im Zuge dieser Entwicklung bekam die KPL schon bald ein 30.000 Hektar umfassendes Wald- und Nutzlandgebiet aus Gemeindebesitz zum Anbau von Eukalyptus zugewiesen. Die Bedingungen waren ausgesprochen attraktiv: 87 Prozent der Produktion gehen an 'Harihar Polyfibers', der Rest fließt als Pacht in die Kassen der Regierung. Interessant ist auch ein Blick auf die Geldgeber, die hinter den KPL-Aktivitäten stecken. Obiges 30.000-Hektar-Projekt beispielsweise geht auf eine kräftige Finanzspritze der 'Nationalbank für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung' (NABARD) zurück. Entgegen ihren eigenen Grundsätzen unterstützt NABARD damit einen einzelnen Industriezweig, 'Harihar Polyfibers', und leistet dem fortschreitenden Raub öffentlichen Eigentums Vorschub, ganz abgesehen von den negativen Auswirkungen monokultureller Plantagenwirtschaft auf die landwirtschaftlichen Erträge. Mit ihrer Entscheidung, der KPL 30.000 Hektar Land zur Verfügung zu stellen, verstößt die Regierung eindeutig gegen das Gesetz zum Schutz der Wälder von 1980, das jedwede Veräußerung eines von der Waldbehörde verwalteten Gebietes der Zustimmung des Parlaments unterwirft. Nutznießer dieses Geschäftes, das jede Menge risikofreie Gewinne verheißt, ist einmal mehr die Zellstoffindustrie.

Bereits im Vorfeld war die Finanzierung durch NABARD von der Regierung zugesagt worden. Der Filz aus Regierung, Bürokratie und Großindustrie wuchert in



aus: The State of Indias Environment

diesem Geflecht von öffentlichen Grundstücken, NABARD-Finanzien und staatlichen Garantien. So ließ denn auch der Bürgerprotest nicht lange auf sich warten. Die ehrenamtliche Organisation SPS ('Samaja Parivarthana Samudaya') ging vor dem Obersten Gerichtshof gegen die staatliche Zuteilung von Land an die KPL vor. In ihrem Urteil vom März 1987 bescherten die Richter mit der Aufforderung an die Regierung, den gegenwärtigen status quo der Landverteilung nicht anzutasten, diesen Bemühungen ein überaus mageres Resultat. Glaubt man den Vertretern der Bürgerbewegungen, so widerspricht die Auffassung der Gerichte in diesen Fällen eindeutig dem Gesetz zum Schutz der Wälder sowie der Walderhaltungspolitik der Regierung in Delhi. Die SPS unternahm dennoch einen erneuten Vorstoß und legte Widerspruch gegen eine Anordnung vom April 1987 ein, die der Regierung die Zuteilung von 30.000 Hektar Land erlaubt hatte. Weil auch eine vom Gericht verlangte beeidigte Erklärung des Regierungsvertreters nicht beigebracht werden konnte, erließen die Richter im März 1990 eine zweite einstweilige Verfügung, nach der die Regierung von Karnataka 3000 Hektar Land innerhalb von drei Wochen zurückzugeben hatte. Ein angeblich geplanter Revisionsantrag des Umweltministers gegen diese Entscheidung wurde schließlich, wie auch ein adäquates Gesuch des Forstministers von Karnataka, nicht eingereicht. Zu fragen bleibt, ob nicht letzten Endes die geballte Finanzkraft der KPL den Ausschlag in diesem ungleichen Verfahren gegeben hat. In den Reaktionen der SPS-Vertreter klang bereits ein gewisses Maß an Resignation mit. Von der "Sinnlosigkeit, nach Delhi zu gehen" war da die Rede und auch davon, daß eben doch finanzielle und ökonomische Macht das letzte Wort der Richter vorgegeben haben. "Uns bleibt nur noch", so Dr. Pawar (SPS), "die Bevölkerung zum Widerstand und zum Schutz ihrer Lebensgrundlagen zu mobilisieren". Was bleibt, ist die Erkenntnis, daß alle Regeln und Gesetzeswerke zum Schutz der Bürgerinteressen dort an ihre Grenzen stoßen, wo kommerzielle Interessen beginnen.

Bharat Dogra

(Übersetzung: Christoph Thees)